

Vorlage Nr. 101.19.1234

27. August 2024
1 von 2

Resolution

Gemeinsam gegen Mittelkürzung an der Uni - Hessen muss unsere Hochschule auskömmlich und verlässlich finanzieren

Antrag

Entgegen der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD hat der hessische Landtag im Nachtragshaushalt 2024 die vorgesehenen Zuschüsse für die Universitäten des Landes um 34 Millionen Euro gekürzt. Weitere Mittelkürzungen für 2025 sind angekündigt.

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel stellt fest:

An Bildung und Wissenschaft zu sparen ist ein falsches Signal! Unsere Universität ist ein wesentlicher Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Kassel und der ganzen Region. Die Forschungsarbeiten der Uni Kassel sind unverzichtbar für sozial-ökologische Transformation und die Arbeit des Klimaschutzrates wäre ohne Unterstützung von Wissenschaftler*innen der Hochschule nicht möglich. Mit den neuen SDG-Instituten trägt die Universität Kassel darüber hinaus zur Entwicklung nachhaltiger gesellschaftlicher Entwicklung bei.

Damit es so bleibt und die Bedingungen für Lehrende, Forschende und Studierende attraktiv bleiben, darf am Landeszuschuss nicht gekürzt werden. Gestiegene Kosten durch Inflation und Tarifierhöhungen sowie notwendige Investitionen erfordern mehr und nicht weniger Geld.

Wir teilen die Kritik der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten (KHU), der Landeskonzferenz der Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASTen), der Gewerkschaften und Professorinnen, die Einschnitte und Stellenabbau befürchten.

Wir fordern Landtag und Landesregierung Hessen auf, die Mittelkürzung 2024 zurückzunehmen und unsere Hochschulen auch in 2025 auskömmlich und verlässlich zu finanzieren.

Begründung:

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sabine Leidig

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende